



© WWF/ Hartmut JUNGIUS, Aletschgletscher

Klima-Initiative

Argumentarium

1. **Wir können die Welt ja eh nicht retten... Weshalb soll die Schweiz etwas gegen den Klimawandel tun?**

Wir müssen handeln, weil:

- die Schweiz das „Kyoto-Protokoll“ (internationaler Vertrag) ratifiziert hat,
- weil die Schweiz als Mitglied der Weltgemeinschaft solidarisch sein und einen eigenen Beitrag zur Lösung des globalen Problems leisten muss,
- es bereits jetzt schon 25 Millionen Umweltflüchtlinge gibt und die Zahl bis im Jahr 2050 auf 150 Millionen ansteigen kann,
- die Schweiz als Alpenland besonders von der Klimaerwärmung betroffen ist,
- die SchweizerInnen zu den höchsten pro-Kopf-EmittentInnen von Treibhausgasen gehören (unter den Top Ten), wenn man die graue Energie mit einrechnet,
- weil nichts tun gegen den Klimawandel teuer wird,
- die fossilen Ressourcen endlich sind und wir Alternativen finden müssen, welche die Abhängigkeit vom Ausland verringern,
- weil die Schweiz die Technologie, das Geld und das Wissen hat, um eine klimafreundliche Schweiz zu werden, den hohen Lebensstandard zu halten und die Lebensqualität zu erhöhen und
- weil sich viele Schwellenländer am Lebensstandard der Industrieländer orientieren und deshalb solche Tatbeweise enorm wichtig sind.

2. **Was ist eine „wirksame“ Klimapolitik?**

Eine Politik, welche die Treibhausgas-Emissionen auf ein für Mensch und Umwelt ungefährliches Mass senkt (minus 30 Prozent für alle Industrieländer bis im Jahr 2020). Um dies zu erreichen braucht es definierte Ziele und eine konkrete Umsetzung.

3. **Was macht die Schweiz zur Zeit bezüglich Klimaschutz und warum reichen diese Massnahmen nicht aus?**

Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet, ihren Treibhausgas-Ausstoss bis zum Jahr 2012 um 8 Prozent unter den Stand von 1990 zu reduzieren. Im CO₂-Gesetz setzte sich die Schweiz ein Reduktionsziel von minus 10 Prozent CO₂ gegenüber dem Stand von 1990 (Treibstoff minus 8 Prozent, Brennstoff minus 15 Prozent).

Die Schweiz ist aber weit entfernt von diesen Zielen. Bisher wurden die Emissionen lediglich stabilisiert, aber noch nicht reduziert. Das CO₂-Gesetz ist immer noch nicht umgesetzt – gerade bei den Treibstoffen fehlt die Einführung der Lenkungsabgabe. Auch freiwillige Vereinbarungen – wie jene mit der Autoindustrie¹ – schlugen fehl. Und das Parlament hat noch immer keine Langfristziele für eine wirkungsvolle Klimapolitik definiert.

¹ Vereinbarung: Jedes Jahr sollen die neuen Autos im Durchschnitt 3 Prozent weniger Treibstoff pro 100 km verbrauchen.

Prioritäre Klimaschutzinstrumente für die InitiantInnen sind:

- Übergreifende Lenkungsinstrumente (z.B. CO₂-Lenkungsabgabe auf Treibstoffen, dynamische zielorientierte Lenkungsabgaben auf sämtlichen Treibhausgasen und Energieträgern, Steuerabzug von energetischen Sanierungen, Erhöhung LSVA, verbrauchsabhängige Motorfahrzeugsteuern, Emissionshandel für den Flugverkehr)
 - Energieeffizienz allgemein (z.B. Verbindliche Ziele im Energiegesetz zur Reduktion des Stromverbrauchs, Förderung von Forschung, Aus- und Weiterbildung)
 - Energieeffizienz Gebäude und Raumplanung (z.B. Substitutionspflicht für Elektroheizungen, Klimaverträglichkeitsprüfung, Sanierungsplanpflicht, verkehrsarme Siedlungsstrukturen)
 - Energieeffizienz Verkehr (z.B. leichte Komponenten statt schwere Autos, moderne, leistungsangepasste Motoren)
 - Energieeffizienz Geräte und Prozesse (z.B. Stand-By-Reduktion, Zulassungsbeschränkung oder Lizenzauktionierung für ineffiziente Geräte)
 - Neue erneuerbare Energien (z.B. Steigender Mindestanteil neuer erneuerbarer Energien)
 - Verhinderung neuer Grosskraftwerke (z.B. Ausschöpfen der Volksrechte und der juristischen Mittel zur Verhinderung neuer Atom- und Gaskraftwerke)
 - Förderung des öffentlichen Verkehrs (Ausbau Bahninfrastrukturen, Busspuren, Trams, dichtere Fahrpläne, CO₂-arme Busse, etc.)
- (siehe auch Klima-Masterplan www.wwf.ch/klimafakten)

Was können KonsumentInnen konkret tun?

- Autofahrten einschränken, Kurzfahrten vermeiden, verbrauchsarme Autos kaufen
- ÖV benutzen
- Häufiger zu Fuss gehen, Wandern, Fahrradfahren, Inline-Skaten oder das Trottinett benutzen
- Lieber mit der Bahn als dem Flugzeug reisen
- Ferien in der Nähe geniessen
- Standby bei Geräten abschalten
- Topten-Geräte kaufen (www.topten.ch)
- Sparlampen einsetzen
- Gebäude isolieren
- regionale und saisonale Lebensmittel kaufen
- weniger Fleisch essen

4. **Wie funktioniert eine CO₂-Lenkungsabgabe auf Brenn- und Treibstoffe?**

Brennstoffe (Öl, Kohle, Gas) und Treibstoffe (Benzin, Diesel) werden mit einer Umweltabgabe verteuert. Die Einnahmen dieser Umweltabgaben werden gleichmässig und vollumfänglich an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt. Lenkungsabgaben führen nicht zu Einnahmen für den Staat und sind deshalb keine Steuern.

Die Verteilung der Gelder geschieht bei Privatpersonen über die Krankenkassen mittels einem Prämienrabatt. Dies ist administrativ der einfachste Weg, denn alle Einwohner verfügen über eine obligatorische Grundversicherung und die Kassen über die aktuellsten Adressregister und einen bereits bestehenden regelmässigen Zahlungsverkehr. Die Rückerstattung an die Wirtschaft geschieht in Form eines Rabatts auf die AHV-Beiträge der Unternehmen.

Umweltabgaben sind marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz. Sie verteuern umweltschädliche Substanzen (z.B. VOC/Lösungsmittel, CO₂) und tragen damit dazu bei, dass diese sparsam und umweltschonend eingesetzt werden. Seit 2008 existiert in der Schweiz eine Lenkungsabgabe auf Brennstoffen (3 Rappen pro Liter Heizöl, 2,5 Rappen pro Kubikmeter Erdgas). Derzeit wird diskutiert, ob ein

Teil des Erlöses aus der Abgabe für die energetische Sanierung von Gebäuden verwendet werden soll (Teilzweckbindung).

Beim Verkehr gibt es zur Zeit keine Umweltabgabe, sondern einen Klimarappen auf Treibstoffen. Er vermag, da so tief angesetzt und ohne Lenkungsmechanismus, die steigenden Verkehrs-Emissionen nicht zu reduzieren.

5. **Warum braucht es diese Klima-Initiative?**

- Weil die Schweiz vom Klimawandel besonders betroffen ist.
- Weil in der Schweiz die pro-Kopf-Emissionen überdurchschnittlich hoch sind.
- Weil die Schweiz mit neuen erneuerbaren Energien ihre Abhängigkeit von Erdöl exportierenden Ländern vermindern kann.
- Wenn wir als reiches Industrieland nichts tun, wer soll denn dann?

6. **Warum verlangt die Klima-Initiative keine konkreten Instrumente / Massnahmen?**

Das Bewusstsein in der breiten Öffentlichkeit für die Klimaproblematik ist relativ neu. Deshalb stehen zur Zeit keine Klimaschutzziele in der Verfassung. Jetzt ist es aber an der Zeit, diesen Mangel zu beheben und den Klimaschutz zum Verfassungsauftrag zu machen.

Mittel- oder langfristig müssen also Klimaschutzziele aufgenommen werden. Die Definition von Instrumenten, wie diese Ziele erreicht werden sollen, gehört allerdings nicht in den Verfassungstext, denn dadurch würde der Spielraum zu deren Umsetzung zu sehr eingeschränkt.

Deshalb fordern die InitiantInnen der Klima-Initiative, dass jetzt das Ziel in der Verfassung festgelegt wird (30 Prozent Reduktion bis 2020). Die Umsetzung diese Ziele soll dann mit Schwerpunkt auf die Energieeffizienz und die neuen erneuerbaren Energien erfolgen.

7. **Was passiert, wenn die Schweiz die vereinbarten Kyoto-Ziele nicht erreicht?**

Der Bund hofft, dass die Kyoto-Ziele bis 2012 noch erreicht werden können. Er will hierfür auch Emissionsreduktionen im Ausland anrechnen und hat entschieden, dass der Zuwachs von Holz in bestehenden Wäldern und die damit verbundene Speicherung von CO₂ einzubeziehen ist. Weiterhin hofft er, dass die Winter von 2008 bis 2012 (die Messperiode) nicht zu kalt sind und damit weniger Heizöl und Erdgas verbrannt werden.

Das Prinzip Hoffnung ist bei einer Frage mit so weit reichenden Konsequenzen aber nicht ausreichend. Werden die Winter kalt oder legt ein zweiter „Lothar“ grosse Waldgebiete flach, so kann die Schweiz die Ziele nicht erreichen.

Das Kyoto-Protokoll sieht für diesen Fall vor, dass:

- die Schweiz einen verbindlichen Plan vorlegen muss, wie die Ziele in Zukunft erreicht werden,
- die Schweiz 30 Prozent höhere Reduktionen für die folgende Periode erreichen muss als vergleichbare andere Länder,
- für die zweite Verpflichtungsperiode die Reduktion vollständig im Inland erfolgen muss, also keine Klimaschutzzertifikate aus anderen Länder angerechnet werden können.

8. **Wieso verlangt die Klima-Initiative eine Reduktion von 30 Prozent?**

Sollen die schlimmsten Klimaauswirkungen auf Mensch und Umwelt abgewendet werden, darf die weltweite Mitteltemperatur nicht mehr als 2°C über die vorindustrielle

Mitteltemperatur ansteigen. Die Wissenschaft geht davon aus, dass die weltweiten Treibhausgase bis 2050 gegenüber dem Stand von 1990 mindestens halbiert werden müssen. Besonders die Industrieländer mit ihren hohen pro-Kopf-Emissionen müssen sofort handeln und weitgehende Reduktionen leisten. Sie sollen ihre Emissionen um 30 Prozent bis 2020 reduzieren, wie es die Klima-Initiative auch für die Schweiz fordert. Auch die EU hat beschlossen, ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent zu reduzieren, wenn andere Länder partizipieren.

Bis heute hat die Schweiz die Treibhausgase lediglich auf dem Stand von 1990 stabilisiert. Es handelt sich dabei neben dem wichtigsten Treibhausgas CO₂ auch um Methan, Lachgas, Fluorkohlenstoffe, Perfluorkohlenstoff und SF₆ (Schwefelhexafluorid). Beim Gesamtausstoss von CO₂, bei welchem sowohl die im In- und Ausland produzierten Emissionen (graue Energie) eingerechnet werden, sieht es aber schlecht aus. Als klassische Dienstleisterin produziert die Schweiz nämlich relativ wenig CO₂ im Inland, sondern importiert es in Form von Gütern aus dem Ausland.

9. **Das Ziel einer 30-prozentigen Reduktion von Treibhausgasen ist nicht realistisch.**

Der [Klima-Masterplan](#) der Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik zeigt, dass bei Einführung eines klug aufeinander abgestimmten Mixes von Massnahmen und Politikinstrumenten die Emissionen bis 2025 sogar um mehr als 60 Prozent reduziert werden können.

Beispiel 1: Die im Jahre 2005 in der Schweiz verkauften Autos stossen im Durchschnitt 187 Gramm CO₂ pro km aus. Übernimmt die Schweiz das EU-Ziel von 130 Gramm CO₂ pro km bis 2012, so zielt dies längerfristig auf eine 30-prozentige Reduktion.

Beispiel 2: Für künstliches Licht verbrauchen die gut drei Millionen Schweizer Haushalte jedes Jahr rund 3,4 Milliarden Kilowattstunden Strom. Würden alle Energie fressenden Glühbirnen durch Sparlampen ersetzt, liessen sich rund 60 Prozent einsparen. Das entspricht zwei Milliarden Kilowattstunden – oder fast der Jahresproduktion des Atomkraftwerks Mühleberg.

10. **Die Schweiz macht bereits viel mehr im Klimaschutz als die EU-Länder. Weshalb also noch mehr Anstrengungen?**

Im Gegensatz zur Schweiz haben einzelne EU-Länder die Emissionen bereits senken können. Ebenfalls ist das EU-Emissionshandelsystem seit 2005 in Kraft und soll ab 2008 relevante Emissionsreduktionen liefern. Die Schweiz ist also keinesfalls Vorreiterin im Klimaschutz.

Die EU hat beschlossen, ihre Emissionen um mindestens 30 Prozent zu reduzieren, wenn andere Länder mitmachen (ansonsten mindestens 20 Prozent bis 2020). Deutschland will sogar um 40 Prozent reduzieren. Schweden hat den Ausstieg aus dem Erdöl bis 2020 angekündigt. London will bis 2025 die Emissionen um 60 Prozent reduzieren und in Neuseeland wird der komplette Ausstieg aus den fossilen Energien diskutiert. 30 Prozent Reduktion für die Schweiz ist daher keine Heldentat.

11. **Was sind „neue“ erneuerbare Energien?**

Unter neuen erneuerbaren Energien fassen wir Biomasse (inkl. Holz), Windkraft, Sonne und Geothermie zusammen. Nicht darunter fällt der Ausbau der Wasserkraft.

12. Klimaschutz ist teuer und schadet somit der Wirtschaft.

Ja, Klimaschutz kostet etwas – nichts tun kostet aber viel mehr! Dies hat der Ökonom Sir Nicolas Stern - renommierter Berater der britischen Regierung - in einer Studie gezeigt. Heute liegt noch sehr viel Reduktionspotential brach, welches nichts kostet oder sogar Einsparungen bringt.

Nebst dem Energiesparpotential verhilft Klimaschutz neuen Technologien zum Durchbruch, stösst Innovationen an, bietet Chancen und generiert neue Arbeitsplätze. Denn behalten wir die Effizienztechnologien im Inland, so bleibt auch deren Wertschöpfung in der Schweiz. Die Schweiz war einmal führend in diesen Technologien, hat aber durch ihr „nichts tun“ den Lead anderen Ländern (z.B. Dänemark, Deutschland) überlassen.

Die Gegner von Umwelt- und Klimaschutz übertreiben im Vorfeld die Kosten regelmässig und sorgen für Verängstigung. Beispielsweise prognostizierte die Autoindustrie, dass die Katalysatortechnologie über 1000 Franken pro Auto kosten würde und eine Zunahme des Benzinkonsums zur Folge hätte. Tatsache aber ist, dass sich die Katalysatorkosten auf rund 100 Franken pro Auto beliefen. Die neuen Katalysatoren führten ausserdem zu billigeren Modellen mit höher entwickelten Motoren und tieferem Benzinverbrauch (Quelle: „Cry Wolf“, WWF-Report, 26.4.2004).

Negative wirtschaftliche Konsequenzen von fehlendem Klimaschutz sind:

- Unwetterschäden, wie in Gondo (2000) und orkanartige Stürme, wie Lothar (1999), kosteten die Schweiz in der Vergangenheit durchschnittlich 400 Millionen Franken pro Jahr.

- Die Gesundheitskosten steigen an. Laut Bundesamt für Energie liegen die gesamten ungedeckten Kosten des Energieverbrauchs jährlich bei 11 bis 16 Milliarden Franken (Stand 2005).

Positive wirtschaftliche Beispiele von Klimaschutz sind:

- Die Branche der erneuerbaren Energien in Deutschland exportiert technische Produkte für 4 Milliarden Euro im Jahr. Bis 2020 kann (gemäss Bundesverband Erneuerbare Energien) dieser Wert auf mehr als 50 Milliarden Euro gesteigert werden (Quelle: FAZ online, 9.10.06).

- In Deutschland erzielte die Windenergie-Branche 2005 einen Umsatz von 4.4 Milliarden Euro, die Hälfte davon im Export. Die Branche beschäftigt 45'000 MitarbeiterInnen und wächst (weltweit) zweistellig an (Quelle: NZZ, 18.1.2006).

- Die ETH berechnete, dass die Einführung der CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffen in der Schweiz netto mehrere Tausend Arbeitsplätze schafft.

13. Müssen wir bald in der dunklen und kalten Stube sitzen? Gehen uns Licht und Ofen aus?

Mit den heutigen Technologien könnten wir 40 Prozent Strom einsparen – und dies ohne Komforteinbusse.

Im Bereich der Effizienzsteigerung bedeutet dies, energiesparende Haushaltgeräte oder Sparlampen einzusetzen, vermehrt den Schweizer Wald für Pellet-Heizungen zu nutzen oder Häuserfassaden besser zu dämmen. Bei den erneuerbaren Energien liegt bei der Sonnen- oder Windenergie und der Biomasse ein grosses Potential brach.

14. Energieeffizienz verbraucht mehr Strom.

Ja, zur Herstellung effizienter Technologien braucht es oft mehr Strom. Dieser Mehrverbrauch wird aber während der Gebrauchsdauer des Gerätes durch dessen Effizienz wieder aufgefangen. Das Potenzial aus erneuerbaren Energien ist so gross,

dass eine sichere Stromversorgung gewährleistet werden kann. Oft wird argumentiert, dass gute Gebäude wegen Wärmepumpe und Komfortlüftung deutlich mehr Strom brauchen als ineffiziente Gebäude. Tatsache ist, dass ein Minergie-P-Haus nicht mehr Strom braucht als heutige Gebäude. Das Stromsparpotential in Industrie, Gewerbe und Haushalten ist enorm. Wichtig ist es deshalb, dass nicht nur einseitig Massnahmen zur Verminderung des Verbrauchs von fossilen Energien getroffen werden, sondern gleichzeitig auch eine Stromeffizienzpolitik sowie eine Förderpolitik für erneuerbare Energien betrieben wird.

15. **Mit Atomstrom hätten wir doch die Lösung: sauber und erst noch CO₂-frei!**

Die Schweiz braucht für eine sichere Stromversorgung keine neuen (Gross- oder) Atomkraftwerke, sondern eine aktive Klimapolitik. Dazu folgende Begründungen:

- Atomstrom deckt in der Schweiz nur rund 8 Prozent des Energieverbrauchs.
- Noch immer ungelöst ist der Fehlerfaktor Mensch beim Betrieb der AKW. Westeuropa ist in den letzten Jahren einige Male nur knapp einer Katastrophe entgangen: 2001 gab es im Reaktor im deutschen Brunsbüttel eine Explosion, 2007 wurden während einer Inspektion in Tricastin (FR) etwa 100 Menschen kontaminiert, im Juli 2007 wurde der Reaktor eines schwedischen AKWs wegen eines Lecks in den Turbinen vom Netz genommen, Anfang Juli 2008 gelangten aus der zweitgrössten Atomanlage Frankreichs etwa 18 Kubikmeter mit Uran belasteter Flüssigkeit in zwei Flüsse...
- Zudem lassen sich AKW nicht sicher gegen Terrorangriffe schützen. Eine Kernschmelze in einem Schweizer AKW – der schlimmstmögliche Fall – würde neben unvorstellbarem Leid Schadenskosten von 4'300 Milliarden Franken verursachen.
- Nach wie vor ungelöst ist die Entsorgung von Atommüll, der Hunderttausende von Jahren radioaktiv strahlt.
- Atomkraft ist nicht CO₂-frei. Jede Kilowattstunde Atomstrom enthält CO₂, das bei Kraftwerkbau, Uranabbau, Transport, bei AKW-Stillegung sowie beim Bau und Betrieb von Atommüllagern freigesetzt wird.
- Uran ist eine endliche Ressource: Schätzungen gehen davon aus, dass wirtschaftlich abbaubares Uran noch für ca. 50 bis 80 Jahre vorhanden ist. Werden neue AKWs gebaut, geht der Brennstoff noch früher zur Neige.
- Die Gesundheitsschäden beim Abbau von Uran sind massiv: Nur gerade 5 Prozent des Uranerzes wird für die Energieerzeugung genutzt. Die restlichen 95 Prozent werden als strahlendes Gestein unter freiem Himmel liegen gelassen und verstrahlen Menschen und Umwelt.
- Für den Betrieb der AKW ist die Schweiz zu 100 Prozent von Uranimporten von Brennstoff aus dem Ausland – beispielsweise Russland – abhängig.
- Bis heute können AKW nur wegen ausgedehnten Staatsgarantien gebaut werden, das Geschäft ist zu riskant. Leibstadt beispielsweise ist eine Investitionsruine. Und bis heute haben die Banken, die sonst häufig Grosskraftwerke finanzieren, nicht gross in den Bau von AKW investiert.
- Die Haftpflicht ist absolut ungenügend: Die Haftpflichtsumme von 1,8 Milliarden Franken entspricht in etwa jener von 900 Velos. Das Unfallrisiko ist also nur zu einem kleinen Teil durch die Betreiber versichert. Die Kosten eines grösseren Unfalls müsste der Staat - respektive die ganze Bevölkerung - zahlen.
- Generell lässt sich sagen, dass die Reformen des Elektrizitätsmarktes (Öffnung) tendenziell Investitionen in kapitalintensive Technologieanlagen wie Atomkraftwerke erschweren (Quelle: NZZ am Sonntag, 26./27.5.2007).

16. **Ist das Potential von erneuerbaren Energien überhaupt realistisch?**

Vorab: Das Beste ist immer noch die Energieeffizienz zu steigern (siehe Beispiel Treibstoffverbrauch senken bei der Autoflotte). Anschliessend kommen erneuerbare

Energien ergänzend dazu. Im Gegensatz zur Schweiz haben andere Länder den Boom bei den erneuerbaren Energien genutzt. So lag das jährliche Wachstum zwischen 1998 und 2000 in China beispielsweise bei 11,2 Prozent und in Dänemark bei 12,8 Prozent. Im gleichen Zeitraum waren es in der Schweiz hingegen nur 1,7 Prozent.

17. Wer steht hinter der Klima-Initiative?

Dahinter steht der Verein Klima-Initiative mit folgenden Mitgliedern (Stand Juli 2008): Alpen-Initiative, Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz, Bethlehem Mission Immensee, Bioterra, CIPRA Schweiz, Club der Autofreien der Schweiz CAS, Ecologie libérale, Erklärung von Bern, EVP Schweiz, Fussverkehr Schweiz, Greenpeace Schweiz, Grüne Schweiz, Hausverein Schweiz, Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung, Junge Grüne, JungsozialistInnen Schweiz, JUSO, Naturfreunde Schweiz, Oeko Kirche und Umwelt, Pro Natura - Schweizerischer Bund für Naturschutz, PRO VELO Schweiz, Schweizerische Energiestiftung SES, Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband SEV, Schweizer Vogelschutz SVS/BirdLife Schweiz, SKF/Schweizerischer Katholischer Frauenbund, SP Schweiz, SSES - Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie, Umverkehr, VCS, Vereinigung Bündner Umweltorganisationen, WWF Schweiz.